

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Was ich noch sagen wollte – Anmerkungen zum 23. Karlsruher Verfassungsgespräch](#)
2. [An diesen 9 Punkten wird Deutschland scheitern](#)
3. [So trifft der Schweizer Außenminister den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg – und die Medien schweigen](#)
4. [Unruhen im Kosovo \(II\)](#)
5. [Der Ukraine-Krieg wurde provoziert: Warum das für Frieden zentral ist](#)
6. [Ideologe der Wehrhaftmachung des Tages: Joachim Gauck](#)
7. [Wie demokratisch sind die Grünen mit ihrem Geheimdienst?](#)
8. [Corona und kein Ende: Rätselhafte Übersterblichkeit im Jahr 2022](#)
9. [Stiko-Chef empfiehlt Impfgeschädigten den Impfzusammenhang zu verschweigen, damit ihnen geholfen wird](#)
10. [Hat jemand eine Idee?](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Was ich noch sagen wollte – Anmerkungen zum 23. Karlsruher Verfassungsgespräch**

Am 22. Mai 2023 ging es beim 23. Karlsruher Verfassungsgespräch im Bundesverfassungsgericht um das Thema „Gute Schulden, schlechte Schulden – wie sinnvoll ist die schwarze Null?“. Als Titel hätte man ebenso gut „Gutes Sparen,

schlechtes Sparen – wie sinnvoll ist die schwarze Null?“ wählen können. Eine solche Schlagzeile wäre aber dem Publikum fremd gewesen, weil kaum je darauf hingewiesen wird, dass in einer monetären Welt jeder Verschuldung, übrigens auch jeder staatlichen Verschuldung, eine exakt gleich große Ersparnis gegenübersteht. Hier liegt der Schlüssel für die Antwort auf die vom Moderator als „einfach“ bezeichnete und am Ende gestellte Frage, wie hoch die Grenze für Staatsschulden denn auf Dauer sein dürfe oder müsse: so hoch, wie die Summe der privaten Ersparnisse. Wobei, um Missverständnisse zu vermeiden, „private Ersparnisse“ die Ersparnisse der privaten Haushalte zuzüglich der Ersparnisse der Unternehmen sind.

Leider war es in der Veranstaltung, so mein Eindruck, unmöglich, diese „einfache“ Antwort verständlich zu machen, weil sie eine gesamtwirtschaftliche Perspektive erfordert, die in unserem Land weder unter Fachleuten, noch in den Medien und infolgedessen auch nicht in der interessierten Öffentlichkeit wahrnehmbar vertreten wird. Ich möchte deshalb versuchen, jenseits ökonomischer Theorien, Parteibücher, Posten und persönlicher Eitelkeiten für mehr Rationalität bei diesem Thema zu werben. Denn ich bin der Meinung, dass wir ohne ein klareres Verständnis, welche fatalen Folgen die Schuldenbremse in unserem Grundgesetz in Kombination mit den europäischen Fiskalregeln nach sich zieht, weiter in eine wirtschaftspolitische Entwicklung hineinstolpern, die das Zeug dazu hat, die politische Radikalisierung in Europa zu beschleunigen.

Quelle: [Friederike Spiecker](#)

2. **An diesen 9 Punkten wird Deutschland scheitern**

Die Zukunftsaussichten für Wirtschaftsstandort Deutschland und den Wohlstand des Landes und seiner Bürger sehen alarmierend aus. (...)

1. Ideologiegetriebene Energiepolitik

Der Erfolg der Industrienation Deutschland steht und fällt mit ausreichend vorhandener günstiger Energie. Ist Energie im internationalen Vergleich am Wirtschaftsstandort Deutschland viel teurer oder im Extremfall kaum noch verfügbar, dann helfen auch die besten Spezialisten und die fortschrittlichste Unternehmensinfrastruktur nicht mehr weiter.

Deutschlands Energiepolitik dient nicht als Vorbild, sondern sorgt international für Kopfschütteln. 2019 bezeichnete das Wall Street Journal Deutschlands Energiepolitik die „dümme Energiepolitik der Welt“.

Bis dato hat die „Energiewende“ Deutschlands Bürgern und der Wirtschaft jahrelang mit die höchsten Strompreise weltweit beschert und dem Wirtschaftsstandort Deutschland massiv geschadet. Jetzt setzt sich die Bundesregierung über die Meinung zahlloser Experten und Politiker im In- und Ausland hinweg und das Land mit hoher Wahrscheinlichkeit in eine noch größere energiepolitische Katastrophe. Deutschland

wird im Vergleich mit seinen großen Wirtschaftskonkurrenten USA und China immer teurer und verliert kontinuierlich an Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Konsequenz: Unternehmen fahren ihre Investitionen in Deutschland zurück und verlagern, wenn möglich, ihre Produktion in das kostengünstigere Ausland oder schließen ganz in Deutschland ihre Tore. Dem Land droht eine Deindustrialisierung von nie da gewesenem Ausmaß droht.

Im Oktober 2022 erklärte der nach Umsatz größte Chemiekonzern der Welt BASF, dass er sich in Europa "dauerhaft" verkleinern müsse, da die hohen Energiekosten die Region zunehmend wettbewerbsunfähig machten. Die Erklärung erfolgte, nachdem BASF einen Monat zuvor den ersten Teil seiner neuen 10-Milliarden-Euro-Anlage für Kunststofftechnik in China eröffnet hatte.

Der VW-Konzern sieht im Mai 2023, laut dem Spiegel, derzeit keine Chancen, eine zweite Batteriefabrik am Heimatstandort Niedersachsen aufzubauen. Begründung: Dafür seien die Energiepreise in Deutschland zu hoch. Die Konkurrenz reibt sich die Hände.

Quelle: [Matthias Weik in Telepolis](#)

dazu auch: **Sanktionspolitik beschleunigt wirtschaftlichen Aufstieg Chinas: Deutschland ist raus**

Der Traum von Annalena Baerbock und anderen, durch westliche Sanktionspolitik Russland zu „ruinieren“, verwandelt sich in einen Alptraum des deutschen Kapitals. Aufgrund der List der Dialektik im weltweiten Dekolonisierungs- und damit Zerbröselungsprozess der alten imperialistischen Mächte Europas und Nordamerikas bricht nur die Präsenz deutscher Marken zwischen Krim und Wladiwostok zusammen und sonst gar nichts. In den Straßen werden VWs mit Conti-Reifen ausgetauscht gegen Autos der chinesischen Marke Chery, die auf russischen Reifen fahren. Und in den Regalen der technischen Kaufhäuser werden Geräte von Miele einfach gegen solche von Xiaomi getauscht. Die eingebildete deutsche Überlegenheit wird zum Kollateralschaden, wenn Millionen Kunden erkennen, dass jahrzehntelang gehegte Vorurteile überholt sind: Das Label „Made in Germany“ bietet keinen technischen Fortschritt gegenüber asiatischen Produkten mehr. Im Kern beschleunigt die westliche Sanktionspolitik den industriellen Aufstieg Chinas.

Quelle: [Manfred Sohn in unsere zeit](#)

3. **So trifft der Schweizer Außenminister den NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg - und die Medien schweigen**

Man kennt die Organisation – dem Namen nach: Bilderberg. An den Meetings von Bilderberg treffen die maßgebenden Vertreter der internationalen Hochfinanz, der

westlichen Außenpolitik, des westlichen Militärs und der großen westlichen Medienkonzerne ihre Gesinnungsgenossen und Mit-Interessenten aus anderen westlichen Ländern – zu Diskussionen und, vermutlich, auch zu Beschlüssen. Man weiss es nicht, denn alles findet streng geheim statt.

Das diesjährige Jahresmeeting hat vom 18. bis 21. Mai in Portugals Hauptstadt Lissabon stattgefunden. Bekanntgegeben wurde nur eines: die Teilnehmerliste. Doch diese ist einmal mehr hochinteressant. Teilgenommen haben unter anderem trotz seinem damals unmittelbar bevorstehenden 100. Geburtstag Henry Kissinger, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der US-Army-General Christopher Cavoli, der EU-Außenverantwortliche Josep Borell, die EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola, der polnische Scharfmacher Radoslaw Sikorski, ebenfalls EU-Parlamentsmitglied, der nach der Sprengung von Nord Stream II „Thank you, USA!“ twitterte, und seine Gemahlin, die US-Publizistin Anne Applebaum, die Ministerpräsidenten von Dänemark Mette Frederiksen und den Niederlanden Mark Rütte, die sich für die schnelle Lieferung von Kampfjets an die Ukraine engagieren, aus dem Medienbereich Mathias Döpfner, Oberster Chef und Großaktionär des Axel Springer Medien-Konzerns, Zanny Minton Beddoes, die Chefredakteurin des «The Economist» und ihr Kollege Shashank Joshi, Gideon Rachman, Ausland-Chefkommentator der «The Financial Times», John Micklethwait, Chefredakteur von Bloomberg LP, und und und.

Überraschungen? Ja, schon – oder eben auch nicht. Eingeladen und anwesend war diesmal nämlich auch der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba. Da ist einsehbar, wer da wem die Hand reichen will und soll. Und ein Erstling war auch aus der Schweiz dabei: der Schweizer Außenminister, Bundesrat Ignazio Cassis. Hat man darüber in den Schweizer Medien lesen können? Natürlich nicht – mit Ausnahme der «Weltwoche». Es könnte ja einige Leute irritieren, dass ein Schweizer Regierungsmitglied an einem solchen internationalen Treffen teilnimmt, über deren Diskussionen und Beschlüsse prinzipiell nichts bekanntgegeben wird.

Quelle: [Global Bridge](#)

4. **Unruhen im Kosovo (II)**

Fast ein Vierteljahrhundert nach der faktischen Abspaltung des Kosovo von Jugoslawien per völkerrechtswidrigem Angriffskrieg flammen erneut ernste Unruhen in dem Gebiet auf. Anlass ist der Versuch der Regierung in Priština, in vier Verwaltungsbezirken im überwiegend serbischsprachig besiedelten Nordkosovo neue, albanischsprachige Bürgermeister einzusetzen. Vorausgegangen war ein erbitterter Konflikt unter anderem um die Gründung eines mit Autonomierechten ausgestatteten Verbandes serbischer Gemeinden im Kosovo, die die kosovarische Regierung zwar bereits im Jahr 2013 offiziell zugesagt hat, die sie aber bis heute in der Praxis sabotiert. Der Konflikt war bereits Ende vergangenen Jahres gewaltsam eskaliert und

nur notdürftig gekittet worden, um nun erneut in heftige Auseinandersetzungen zu münden; dabei wurden am Montag mindestens 50 Demonstranten und rund 30 NATO-Soldaten teilweise schwer verletzt. Die NATO teilt mit, sie werde ihre Truppen im Kosovo wieder aufstocken. Damit steckt auch die Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien fest – in einer Zeit, in der sie alle Kräfte für die Machtkämpfe des Westens gegen Russland und China reservieren will...

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu: **Paradox, aber wahr: Die Nato schützt im Kosovo eine Sezession**

Die Nato will ihre Kosovo-Truppe um 700 Soldaten aufstocken. So will sie die Unruhen eindämmen. Doch die KFOR-Mission ist anachronistisch – sie schützt eine Sezession, die nicht einmal alle EU-Staaten anerkennen.

Das Kosovo hatte sich nach der Nato-Intervention in Serbien 2008 für unabhängig erklärt. Doch Serbien, Russland, China und viele weitere Staaten – darunter auch die EU-Mitglieder Spanien und Griechenland – haben die Sezession bis heute nicht anerkannt.

Griechenlands werde die Unabhängigkeit des Kosovos auch weiterhin nicht anerkennen, erklärte die griechische Präsidentin Katerina Sakellariopoulou im März. Dies gilt auch für Spanien, das in der EU derzeit den Außenbeauftragten Borrell stellt. Borrell wirbt nicht nur für die Unabhängigkeit des Kosovos, sondern sogar für eine Annäherung an Serbien. Doch der von ihm angestoßene „Dialog“ zwischen Belgrad und Pristina ist zum Erliegen gekommen. Die EU ist mit ihrem Latein am Ende. Noch paradoxer ist die Rolle der Nato. Im Kosovo schützt sie eine Sezession – doch in der Ukraine hilft sie, eine Abspaltung zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Die Rede ist vom Donbass und von der Krim, die Russland für sich beansprucht. Fällt den EU- und Nato-Chefs nicht auf, dass sie mit Doppelstandards agieren? Wie können sie gleichzeitig eine Abspaltung bekämpfen und eine andere Sezession verteidigen – beides in Europa und in Ländern, die weder der EU noch der Nato angehören?

Quelle: [Lost in Europe](#)

5. **Der Ukraine-Krieg wurde provoziert: Warum das für Frieden zentral ist**

Die Frage der Nato-Erweiterung steht im Mittelpunkt des Krieges. Darum können Waffen aus dem Westen diesen Krieg nicht beenden. Was dann?

George Orwell schrieb in „1984“: „Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.“

Regierungen arbeiten unermüdlich daran, die öffentliche Wahrnehmung der Vergangenheit zu verzerren. In Bezug auf den Ukraine-Krieg hat die Biden-Regierung

wiederholt und fälschlicherweise behauptet, der Ukraine-Krieg habe mit einem nicht provozierten Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 begonnen. Tatsächlich wurde der Krieg von den USA auf eine Art und Weise provoziert, die führende US-Diplomaten im Vorfeld des Krieges jahrzehntlang vorausgesehen hatten, was bedeutet, dass der Krieg hätte vermieden werden können und nun durch Verhandlungen beendet werden sollte.

Die Erkenntnis, dass der Krieg provoziert wurde, hilft uns zu verstehen, wie man ihn beenden kann. Sie rechtfertigt jedoch nicht den Einmarsch Russlands. Ein weitaus besserer Ansatz für Russland wäre es gewesen, die Diplomatie mit Europa und der nicht-westlichen Welt zu verstärken, um den Militarismus und Unilateralismus der USA zum Thema zu machen und dagegen zu opponieren.

Der unerbittliche Druck der USA, die Nato zu erweitern, stößt in der ganzen Welt auf breite Ablehnung, sodass russische Diplomatie anstelle eines Krieges wahrscheinlich wirkungsvoller gewesen wäre.

Das Biden-Team verwendet unablässig das Wort "nicht provoziert", zuletzt in Bidens großer Rede zum ersten Jahrestag des Krieges, in einer aktuellen Nato-Erklärung und in der jüngsten G7-Erklärung. Die Biden-freundlichen Mainstream-Medien folgen dem Weißen Haus einfach. [...]

In Wirklichkeit gab es zwei Hauptprovokationen der USA. Die Erste war die Absicht der USA, die Nato auf die Ukraine und Georgien auszudehnen, um Russland in der Schwarzmeerregion von Nato-Ländern (Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Türkei und Georgien, entgegen dem Uhrzeigersinn) einzukreisen.

Die Zweite war die Rolle der USA bei der Installation eines russophoben Regimes in der Ukraine durch den gewaltsamen Sturz des prorussischen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, im Februar 2014. Der Krieg in der Ukraine, bei dem geschossen wurde, begann mit dem Sturz Janukowitschs vor neun Jahren, nicht im Februar 2022, wie uns die US-Regierung, die Nato und die G7-Führer glauben machen wollen.

Der Schlüssel zum Frieden in der Ukraine liegt in Verhandlungen auf der Grundlage der Neutralität der Ukraine und der Nichterweiterung der Nato.

Quelle: [Jeffrey D. Sachs auf Telepolis](#)

6. **Ideologe der Wehrhaftmachung des Tages: Joachim Gauck**

Was deutschen Nationalisten den Versailler Vertrag einst so unerträglich machte, war insbesondere der Umstand, dass er das Vaterland »entwaffnet« hatte: Mit der 100.000-Mann-Reichswehr war kein ordentlicher Imperialismus zu machen. Das Ziel der »Wehrhaftmachung« des Landes war Konsens vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis zu den Nazis. Es türmten sich Aufrufe, Theorien und Pläne für die »innere Wehrhaftmachung«, »geistige Wehrhaftmachung«, »äußere Wehrhaftmachung« und »körperliche Wehrhaftmachung«. »Wehrhaftigkeit«,

»Wehrwille«, »Wehrkraft« hatten lange vor 1933 die deutsche Sprache bereichert. Gut möglich, dass Joachim Gauck (Jahrgang 1940) früh solche Schönheiten zu hören bekam – die Eltern waren schließlich in der NSDAP. Spielerisch jedenfalls bewältigt der Bundespräsident a. D. auch im reiferen Alter eine Stufe nach der anderen auf der gedanklichen Treppe hin zur Mobilmachung. Während Gauck im vergangenen Jahr noch die Leidenschaft der Heimatfront beschwor (»Wir können auch einmal frieren für die Freiheit«), kümmert er sich nun höchstpersönlich um die Frage der »Wehrhaftmachung«. Das Land müsse sich »nach außen und innen entschiedener wehrhaft machen«, verkündete er am Mittwoch beim deutschen Sparkassentag in Hannover. Ihm geht das alles zu langsam mit der »Zeitenwende«. Man habe sich lange die Welt »schön geguckt«, Scholz mit seiner »Zeitenwende«-Rede aber immerhin gezeigt, dass er »etwas begriffen« habe. Dann »warten wir natürlich auf eine Politik der Zeitenwende«. Wenn »die auf sich warten lässt, dann wird die Nation wuschig«. Gauck will einen »Mentalitätswandel«, damit das »Ja« »zu mehr Waffen für die Ukraine« nicht mehr so »verquält« ausfällt. Klingt wie eine Rede von Alfred Hugenberg, nur eben auf Gauck-Deutsch: »Wuschig« und »schön geguckt« wären Hugenberg nicht ins Manuskript gerutscht.

Quelle: [junge Welt](#)

7. **Wie demokratisch sind die Grünen mit ihrem Geheimdienst?**

Das Netzwerk zwischen "Faktencheckern" und Organisationen wie der Amadeu Antonio Stiftung wird von Monat zu Monat aktiver, mit politischer Rückendeckung. Inzwischen betreiben sie längst geheimdienstliche Arbeit. Mit einer demokratischen Gesellschaft ist das inkompatibel. (...)

Die Amadeu Antonio Stiftung ist gewissermaßen die Spinne im Netz all der Faktenchecker, "Corrective" und "Pollys". Was in den vergangenen Jahren aber vor lauter Getöse über Desinformation und Destabilisierung und so weiter unterging, ist, dass ihre Tätigkeit in weiten Teilen exakt das ist, was die Verfassungsschutzämter auch tun – allerdings ohne gesetzlichen Auftrag, ohne parlamentarische Kontrolle und in einem eindeutig orientierten Interesse, das, wie das Beispiel Ahrtal oder etwa die Reaktion des grünen Ministers Habeck belegt, nicht darauf beschränkt ist, humanitäre Hilfe im Donbass zu verunglimpfen.

Erstaunlicherweise haben die übrigen Parteien in Deutschland noch nicht bemerkt, was sie da herangezogen haben. Der große Zugriff in die öffentlichen Kassen eröffnete sich für diese Netzwerke während Corona. Da fand es vermutlich auch die politische Konkurrenz einfach bequem, Hilfstruppen zu haben, die immer lautstark erklärten, dass das, was die Regierung verkündete, die Wahrheit sei, und sich ansonsten darum bemühten, alle, die das nicht für Wahrheit hielten, zu Staatsfeinden zu erklären. Dass die gesamten Netzwerke parteipolitisch eine, vorsichtig formuliert, sehr starke

Neigung zu den Grünen haben, wurde dabei wohl in Kauf genommen, ebenso wie die zunehmende Orientierung hin auf Angriffe gegen Personen.

Wie man am obigen Beispiel sieht, ist die Tätigkeit dieser Strukturen mittlerweile bis zu einer Dopplung der Verfassungsschutzämter angewachsen, wobei nicht nur der eventuell legale Teil der Beobachtung betrieben wird, sondern zudem durch gezielte Manipulation der Informationen aktiv politische Debatten im parteilichen Interesse verzerrt werden.

Bündnis 90/Die Grünen sind gerade in Bezug auf die Ukraine am tiefsten involviert: Marie-Luise Beck, die entscheidend mit dafür verantwortlich ist, dass diese Partei so innige Beziehungen zu ukrainischen Nazis hegt, traf sich erst jüngst mit einer der Mörderinnen von Odessa. Das Foto dieser Begegnung erhielt leider nie die Aufmerksamkeit, die ihm angemessen ist, weil die Übergänge von den grünen Nachrichtendiensten in die Redaktionsstuben des Mainstreams fließend sind und daher die Verwendung solcher Informationen unterbleibt, selbst wenn diese – wie in diesem Fall frei von Manipulation – auf eine echte Nähe verweisen, weil sie in die falsche Richtung führen würde.

Diese grüne Positionierung jedenfalls erklärt, warum Kritiker der NATO-Position mit besonderem Eifer verfolgt werden. Erstaunlich ist allerdings, dass die Spitzen von SPD, FDP und CDU offenkundig nicht erkennen, dass sie damit einen Apparat entstehen ließen, der sich genauso gut gegen sie wenden kann, mit denselben Methoden, und dass sie diesen Apparat mit Steuergeldern finanzieren. Man muss nur bedenken, wie eifrig Bundeswirtschaftsminister Habeck das Schema nutzt, dass alles, was seinen Vorstellungen widerspricht, russische Desinformation sei.

Quelle: [Dagmar Henn in RT DE](#)

8. **Corona und kein Ende: Rätselhafte Übersterblichkeit im Jahr 2022**

In den Jahren 2020, 2021 und 2022 sind insgesamt 3.067.186 Menschen in Deutschland gestorben.¹ Darunter befanden sich dem RKI zufolge 161.336 Coronatote.² Das entspricht einem Anteil von 5,3 Prozent.

Als Coronatote gelten dem RKI alle Verstorbenen, die positiv auf Corona getestet worden sind, unabhängig davon, ob sie an oder mit Corona gestorben sind.

Entsprechend wird der Begriff auch in der vorliegenden Studie verwendet. (...)

Auffällig an der Entwicklung der Sterbezahlen im Prognosezeitraum ist die stetig wachsende Kluft zwischen der erwarteten Zahl an Sterbefällen und der tatsächlichen Anzahl.

Während die Werte im Jahr 2019 noch nahe beieinander liegen, steigt die Übersterblichkeit danach kontinuierlich an und beläuft sich 2022 auf fast 85.000 Sterbefälle. Das ist eine äußerst überraschende und zugleich irritierende Entwicklung, die niemand so vorausgesehen hat. (...)

Der Eindruck, dass im Jahr 2020 wesentlich mehr Menschen gestorben sind als in den Grippejahren zuvor, ist nicht so sehr dem realen Geschehen geschuldet, als vielmehr der medialen Berichterstattung und den politischen Reaktionen und Maßnahmen auf das Krankheitsgeschehen.

Außergewöhnlich hohe Sterbequoten sind erst in den Folgejahren zu beobachten. Im Jahr 2021 steigt die Übersterblichkeit auf 5,77 Prozent an und im Jahr 2022 dann sogar auf einen absoluten Rekordwert von 8,65 Prozent. Ob es eine derart hohe Übersterblichkeit wie 2022 in der Bundesrepublik/DDR schon einmal gegeben hat, ist sehr fraglich und eher unwahrscheinlich.

Quelle: [Günter Eder in Telepolis](#)

9. **Stiko-Chef empfiehlt Impfgeschädigten den Impfzusammenhang zu verschweigen, damit ihnen geholfen wird**

Im SWR berichtet eine Betroffene, dass es keine Anlaufstellen in Baden-Württemberg für sie gibt und sie Untersuchungen selbst bezahlen muss, weil ihr Impfschaden nicht als Krankheit anerkannt ist. Der Chef der ständigen Impfkommission sagt ihr durch die Blume: Selbst schuld, hätten Sie den Impfzusammenhang nicht hergestellt, gäbe es kein Problem. Damit legt er offen, warum so wenig Impfschäden registriert sind. Und der Landesgesundheitsminister rechtfertigt die Abwesenheit von Anlaufstellen.

Man braucht einen starken Magen um sich die Sendung „Zur Sache Baden-Württemberg“ des SWR anzuschauen. Eine von Chronic-Fatigue-Syndrom nach Impfung Betroffene berichtet von ihrer teuren, zweijährigen Odyssee durch das Gesundheitssystem, mit Reisen nach Münster und Marburg, weil sie in Baden-Württemberg nicht zur Behandlung und Diagnose angenommen wurde und weil die Krankenkassen für die Behandlung der nicht anerkannten Krankheit nicht aufkommen. (Video in der Mediathek bis 24.5.2024.)

Der Chef der Ständigen Impfkommission, Thomas Mertens, der zwar gelegentlich widerwillig, aber am Ende immer willfährig, die Empfehlung und damit den Druck zur mehrmaligen Corona-„Impfung“ auf fast die ganze Bevölkerung ausgeweitet hat, sitzt ihr im Studio gegenüber. Er bestätigt zunächst, dass das Paul-Ehrlich-Institut in Deutschland und die EMA in Europa, das sogenannte Post-Vac-Syndrom wegen des diffusen Krankheitsbildes (noch) nicht als Krankheit anerkannt haben. (...)

Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manfred Lucha (Grüne), einer der aggressivsten Scharfmacher in Sachen Impfpflicht und Ausschluss nicht Geimpfter vom öffentlichen Leben, wird zur Abwesenheit von Anlaufstellen für Impfgeschädigte in seinem Bundesland befragt und wiegelt hartnäckig ab. Jeder Hausarzt sei eine Anlaufstelle.

Die Skrupellosigkeit und hartleibige Weigerung der Täter, wie Lucha und Mertens, eigene Fehler einzugestehen und den Opfern ihrer Missetaten zu helfen, ja ihre

Bereitschaft – im Falle Mertens – diesen sogar indirekt selbst die Schuld für ihre Problem zuzuschieben, ist atemberaubend.

Quelle: [Norbert Häring](#)

10. **Hat jemand eine Idee?**

Warum sind in Deutschland 2021/22 circa 100.000 Menschen mehr gestorben, als statistisch zu erwarten war? Eine neue Studie drängt dem Interessierten viele Fragen auf.

Warum gab es 2020 keine statistisch relevante Übersterblichkeit in Deutschland, obwohl so dramatisch über die Corona-Pandemie berichtet wurde? Warum aber stiegen die Todesfälle hierzulande ab April 2021 über die statistisch zu erwartenden Werte an? Was geschah ab April 2021, das vorher nicht geschah? Hat jemand eine Idee?

Warum sind zum Beispiel 2021 von den 15- bis 29-Jährigen 3,1 Prozent mehr und von den 30- bis 39-Jährigen 3,4 Prozent mehr gestorben, als statistisch zu erwarten war? Und dann im Jahr 2022 von den 15- bis 29-Jährigen 10,5 Prozent mehr und von den 30- bis 39-Jährigen 9,7 Prozent mehr? Was ist diesen Menschen in den Jahren 2021 bis 2022 geschehen, das ihnen vorher nicht geschah? Hat jemand eine Idee?

Warum sind in Deutschland 2021 und 2022 insgesamt etwa 100.000 Menschen mehr gestorben, als statistisch zu erwarten war? Was haben die Deutschen 2021 und 2022 getan, das sie vorher nicht taten? Und was haben die Deutschen 2022 noch mehr getan, das sie in 2021 begonnen haben (denn 2021 starben 3,4 Prozent mehr Personen als erwartet und 2022 dann 6,6 Prozent mehr)? Hat jemand eine Idee?

Quelle: [Michael Andrick in der Berliner Zeitung](#)

dazu auch: **Aufarbeitung: Corona als Symptom einer grundlegenden Krise**

Die multiplen Krisen der Gegenwart verlangen nach einer konsistenten Erklärung. Nach Analysen, die nicht nur die verschiedenen Krisen der Gesellschaft und des Kapitalismus zusammenbringen und verständlich machen, sondern auch deren unterschiedliche Ebenen beleuchten. Der neue Sammelband „Schwerer Verlauf“ aus einem linken Umfeld versucht sich daran. Mit Erfolg: Die insgesamt zehn Beiträge tragen sehr zum Verständnis der Gegenwart bei und machen klar, welche Funktionen die verschiedenen Maßnahmen haben.

Quelle: [Hintergrund](#)